

**Erscheint**  
wöchentlich drei  
Mal und zwar  
Dienstags,  
Donnerstags und  
Sonnabends.

**Inserate:**  
für den Raum  
einer  
einspaltigen Zeile  
10 Pf.

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Gerichtsamtsbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Zweihundzwanzigster Jahrgang.

**Abonnement**  
vierteljährlich  
1 M. 20 Pf.  
incl. Bringer-  
lohn.

**Dieses Blatt**  
ist auch  
für obigen Preis  
durch alle  
Postanstalten zu  
beziehen.

Bei mehrmaliger Wiederholung von Inseraten wird entsprechender Rabatt gewährt.

Die Exped. des „Amts- und Anzeigebblattes.“

### Eine neue Wendung in der balkanischen Frage.

Die bosnisch-herzegowinische Frage ist soeben in ein neues Stadium getreten. Das erste Stadium des dortigen Aufstandes dauerte bis zur diplomatischen Intervention der Großmächte, welche zur Folge hatte, daß die Pforte den Bewohnern der insurgirten Gebiete durch die bekannte Reform-Trade allerhand schöne Versprechungen machte und daß Serbien und Montenegro davon abstanden, den Aufständischen offen mit Waffengewalt zu Hilfe zu eilen. Das neueste dritte Stadium datirt von der soeben erfolgten Erklärung des russischen Staatsanzeiger, daß Rußland über seine Sorge um Erhaltung des Friedens keineswegs seine Sympathien für die christlichen Südslawen aufgegeben habe, daß es von den Mächten verlangen werde, Garantien für die Ausführung der versprochenen türkischen Reformen zu leisten, denn sonst würde die Wiederherstellung des Friedens nicht erreicht werden können, da die Insurgenten allerdings Grund hätten, den bloßen Versprechungen der türkischen Regierung nicht zu trauen; den Leiden der christlichen Südslawen aber müsse unter allen Umständen ein Ende gemacht werden u. s. w. Rußland scheint so nach endlich Farbe bekennen zu wollen. Es riskirt ja auch, die mühsam erworbenen Sympathien der Südslawen wieder zu verlieren, wenn es nicht noch zur rechten Zeit etwas für dieselben thut. Bisher wagte Rußland nicht, in entschiedener Weise nach dieser Richtung hin vorzugehen, weil es wußte, daß es auf den entschiedensten Widerstand Oesterreichs, Italiens, Frankreichs und Englands stoßen würde. Nachdem es sich aber auf's Unzweideutigste gezeigt hat, daß, wenn man die Dinge sich selbst überläßt, es nimmermehr zum Frieden und zu Reformen auf der balkanischen Halbinsel kommen kann, da darf es hoffen, daß die Mächte weiteren russischen Vorschlägen ein geneigtes Ohr widmen werden. Und daß das Petersburger Kabinet den richtigen Augenblick getroffen hat, erkennt man sowohl an den Auslassungen der offiziellen Wiener Presse, welche betonen, daß diese russische Erklärung keineswegs außerhalb der Uebereinkünfte der Ostmächte stehe, die alle drei von denselben Wünschen betr. der Südslawen befeelt seien, als auch an der weiteren offiziellen Mittheilung, daß Verhandlungen über die Art und Weise, wie für die Durchführung der vom Sultan versprochenen Reformen Garantie zu leisten sei, bereits obschweben, resp. daß Oesterreich als die nächst betheiligte Macht den einstimmigen Auftrag erhalten und angenommen hat, dahin gehende Vorschläge zu machen. Wie diese Garantieleistung beschaffen sein, was man beschließen wird, wissen wir nicht. Wir glauben aber, daß man sich weder in Petersburg noch in Berlin darüber täuschen wird, daß die Mißstände nur dadurch sicher beseitigt werden können, die Insurrection nur dadurch sicher gedämpft werden kann, daß man der Herzegowina und Bosnien eine gewisse Selbstständigkeit giebt oder theils mit Serbien, theils mit Montenegro unter der Oberhoheit des Sultans vereinigt. Sind aber erst die deutschen und russischen Staatsleiter ernstlich entschlossen, diese Erkenntniß zur Grundlage ihrer balkanischen Politik zu machen, so werden sich Oesterreich und die übrigen Mächte auch fügen. Ersteres um so mehr, als die hunderttausend auf österr. Gebiete befindlichen gänzlich hablosen bosnischen Flüchtlinge für den ohnehin an Ueberfluß an Geldmangel leidenden habsburg. Kaiserstaat bereits zu einem Uebel geworden sind, das die Wiener Regierung so bald als möglich zu beseitigen bestrebt sein muß. Diese Flüchtlinge kosten dem Staate bereits einige Millionen.

Die Insurgenten in der Herzegowina und Bosnien haben jetzt also mehr Aussicht, etwas Ordentliches zu erreichen, als noch vor kurzem. Das sieht jetzt Jedermann ein, daß es zu ihrem Nachtheile gewesen wäre, wenn sie der Aufforderung der Konsuln der Mächte, die

Feindseligkeiten einzustellen und sich ohne Weiteres auf die Ehrlichkeit der Pforte zu verlassen, nachgekommen wären. Die bessere Aussicht ihrer Sache haben sie lediglich ihrer Ausdauer und Energie im Widerstande und ihrem heroischen Entschlusse zu verdanken, lieber unterzugehen als die Autonomie ihres Landes nicht zu erringen. Fahren sie in dieser Weise fort — und das kann man umsomehr glauben, als die Aufständischen in letzter Zeit wieder mehrere nennenswerthe Erfolge davon getragen haben — so werden sie, wie gesagt, wahrscheinlich die Freude erleben, daß die Ostmächte sich bereit zeigen, ihnen eine partielle staatliche Selbstständigkeit zu gewähren. Daß türkischen Versprechungen nicht zu trauen ist, haben ja die Regierungen bereits zugestanden. Bald werden Letztere wohl auch einsehen, daß eine Garantie für Besserung des Looses der Südslawen nichts Anderes als durch Selbstständigmachung derselben zu erreichen ist.

### Tagesgeschichte.

Berlin. Bezüglich der Bundesauschuss-Berathungen über die Strafgesetznovelle erfährt man, daß die Regierungen in ihrer Mehrheit die Vorschläge der preussischen Regierung, insofern dieselben geeignet erscheinen, die sozialistische und ultramontane Agitation gegen das Reich zu bekämpfen, zu unterstützen entschlossen seien. Diese Uebereinstimmung im Prinzip habe jedoch eine Diskussion über die Mittel, das als nothwendig Erkannte auf dem Wege der Strafgesetzgebung zu erreichen, keineswegs ausgeschlossen. Allerdings hat der Ausschuss eine nicht unerhebliche Zahl von Abänderungsvorschlägen an das Plenum beschlossen, deren Bedeutung im Einzelnen natürlich erst an der Hand des Berichtes zu erkennen sein wird. Man nimmt an, daß Fürst Bismarck, falls sein Befinden es gestattet, an der Berathung dieses Gesetzentwurfes im Reichstage theilnehmen werde.

— Ein neuer Gesetzentwurf ist dem Bundesrath zugegangen, nämlich betreffend die Anzeigepflicht bei dem Auftreten gemeinlich gefährlicher Krankheiten. Als solche sind im § 1 die Cholera und die Blattern genannt. Die Anzeigepflichtigen sind der Arzt, sowie das Haupt der Familie, eventuell derjenige, in dessen Wohnung oder Behausung sich ein solcher Krankheitsfall ereignet. Wer die Anzeige unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 100 Mark bestraft. — In den Motiven wird erwähnt, daß gesetzliche Bestimmungen dieser Art durch die Cholera-Kommission im Jahre 1873 und neuerlich von der Kommission zur Vorberathung einer Medizinalstatistik als dringend wünschenswerth bezeichnet worden seien. In verschiedenen Bundesstaaten sind ähnliche Bestimmungen bereits vorhanden.

— Die Arbeitslosigkeit in Berlin erreicht leider besorgniserregende Dimensionen. So hat sich z. B. das Möbeltransportgeschäft, welches in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung genommen und im Jahre 1873 seine Blüthe erreichte, bis auf ein äußerstes Minimum beschränkt, wodurch tausende von Tischergesellen arbeitslos geworden sind. Hierzu gesellen sich diejenigen Holzarbeiter, welche durch ein Darniederliegen der Baubranche ohne Beschäftigung sind. Nach zuverlässiger Feststellung beläuft sich die Zahl der feiernden Tischergesellen auf über 4000, die der übrigen Branchen auf über 12,000. Ebenso beläuft sich die Zahl der arbeitslosen Maschinenbauer auf 11—12,000.

— Bischof Räß von Straßburg ist am 5. November in Rom eingetroffen. Seine Anwesenheit soll, wie die „Italienischen Nachrichten“ melden, mit der Regelung verschiedener Fragen zusammenhängen, die sich auf die stattgehabte Trennung der elsass-lothringischen Diöcesen von den französischen Bischofsprengeln beziehen.